

Niederschrift

über die 17. Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
am Mittwoch, **07.12.2011**, 17:02 Uhr - 22:17 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding, Heinz Georg Buddenbäumer (als Vertretung für Herrn Dieter von den Berg), Gilbert Hartmann, Jürgen Ohm, Robert Otte, Walter von Göwels (als Vertretung für Herrn Stefan-Alexander Roth), Helga Welker,

von der SPD-Fraktion

Dr. Fritz Baur, Dr. Michael Jung, Marianne Koch, Dr. Thorsten Kornblum, Gabriele Kubig-Steltig,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink (bis TOP 6.7), Gerhard Joks, Heribert Klas, Otto Reiners, Dr. Rita Stein-Redent (ab TOP 6.8),

von der FDP-Fraktion

Carola Möllemann-Appelhoff, Hans Varnhagen,

von der Fraktion DIE LINKE.

Raimund Köhn,

von der Verwaltung

Karl-Heinz Althues, Gerd Bertling, Helga Bickeböller, Daniel Bracht, Heinrich Bruns, Dr. Ingo Deitmer, Jochen Detering, Klaus Ehling, Andreas Ermeling, Benno Fritzen, Hans-Joachim Fürstenberg, Burkhard Hülsmann, Dr. Annemarie Janetzki, Rainer Kneilmann, Steffen Maser, Jörg Michel, Michael Milde, Dr. Henning Müller-Tengelmann, Alfons Reinkemeier, Jürgen Rump, Fritz Schmücker, Gerd Uken, Michael Volmering, Ludger Watermann, Thomas Werner, Franz Winter,

für die Schriftführung

Frank Möller,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 17. Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 07.12.2011

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- | | |
|----------------------------|---|
| | 1. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3. Haushaltssteuerung und Finanzcontrolling |
| <u>V/0885/2011</u>
OB | 3.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Stadt Münster |
| | 4. Beteiligungsmanagement/-controlling |
| <u>V/0864/2011</u>
II | 4.1. Bericht über die Beteiligungen der Stadt Münster im Jahr 2010 (Beteiligungsbericht 2010) |
| <u>V/0892/2011</u>
II | 4.2. Vorabgewinnausschüttung 2011 der Stadtwerke Münster GmbH |
| <u>V/0313/2011/1</u>
II | 4.3. Managementkontrakt (MMK) mit der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Münster Marketing (MM) |
| <u>V/0804/2011</u>
I | 4.4. Wirtschaftsplan 2012 der citeq |
| <u>V/0799/2011</u>
II | 4.5. Abfallwirtschaftsbetriebe Münster
- Wirtschaftsplan 2012
- Finanzplan 2012 - 2016 |
| <u>V/0832/2011</u>
III | 4.6. Wirtschaftsplan 2012 für Münster Marketing |
| <u>V/0881/2011</u>
II | 4.7. Übertragung des Geschäftsanteils des Schweinezüchterverbandes Nord-West e.V. an der Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH |
| <u>V/0903/2011</u>
II | 4.8. Kapitalerhöhung bei der Flughafen Münster/Osnabrück GmbH |
| | 5. Gebühren und Entgelte |
| <u>V/0872/2011</u>
I | 5.1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für das Überlassen von Standplätzen bei Volksfesten (Send und Kirmessen) in der Stadt Münster |
| <u>V/0778/2011</u>
III | 5.2. Änderung der Gewässergebührensatzung (GGS) hier: Änderung der Gebührentarife |
| <u>V/0796/2011</u>
II | 5.3. Abfallgebühren 2012 |
| <u>V/0797/2011</u>
II | 5.4. Straßenreinigungsgebühren 2012 |

V/0798/2011
II

5.5. Tarif für Leistungen der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster 2012

6. Sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten

V/0886/2011
I

6.1. Beitritt der Stadt Münster zur Einkaufsgenossenschaft kommunale Verwaltungen im Deutschen Stadtetag

V/0433/2011
I

6.2. Handy-Parken (E-Parking / Mobile-Parking) in Münster

V/0603/2011
IV

6.3. Aktueller Sachstand zu international ausgerichteten Bildungsangeboten
Dauerhafte Einrichtung des Bildungsganges "International Baccalaureate (IB)" am Gymnasium Paulinum

V/0779/2011/1
IV

6.4. Peter-Wust-Schule;
hier: Aufgabe des Standortes Schürbusch als Lernort der Peter-Wust-Schule und Neubau einer Zweifachsporthalle am Standort Dingbängerweg 80 sowie perspektivische Erweiterung des Schulgebäudes zur Dreibzw. Vierzügigkeit

V/0894/2011
IV

6.5. Errichtung einer städtischen Gesamtschule und auslaufende Auflösung der Paul-Gerhardt-Realschule

V/0861/2011
IV

6.6. Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen Münster (PTA-Lehranstalt);
hier: Schließung zum 31.08.2013

V/0831/2011
IV

6.7. Errichtung einer neuen Sporthalle für das Ostviertel
hier: Errichtungs- und Raumprogrammbeschluss

V/0637/2011
IV

6.8. Machbarkeitsstudie für den Bau eines neuen Hallenbades an gleicher Stelle des ehemaligen Südbades

V/0748/2011
II

6.9. Wassertemperaturen in städtischen Freibädern, Nachrüstoptionen für eine Zusatzheizung

V/0633/2011
V

6.10. Fortführung der Teilnahme am European Energy Award

7. Haushaltsplan 2012 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2015

7.1. Anträge und Anregungen

7.1.1. Anregungen nach § 24 Gemeindeordnung NRW

7.1.2. Vorschläge zum Bürgerhaushalt

7.1.3. Sonstige Anträge und Einwendungen

7.1.4. Anträge aus der Politik

	7.2. Veränderungsblätter/-listen
<u>V/0901/2011</u> II	7.3. - Haushaltsplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2012 - Ergebnis- und Finanzplanung bis 2015 - Stellenplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2012
	8. Immobilienmanagement
<u>V/0812/2011</u> II	8.1. Gebäudeleitlinien der Stadt Münster
<u>V/0675/2011/1</u> V	8.2. Weiterführung der Wärmedämmstandards in Münster mit schrittweiser Einführung des Passivhausstandards
<u>V/0759/2011</u> II	8.3. Überprüfung der weitgespannten Tragwerke in städtischen Gebäuden
<u>V/0176/2011/1</u> II	8.4. Strategisches Flächenmanagement: Zwischenbericht unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen des Gutachtens Deloitte und Einführung eines Flächenplanes als Anlage zum Haushaltsplan
<u>V/0787/2011</u> II	8.5. Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadtverwaltung Münster
<u>V/0685/2011</u> II	8.6. Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Sanierung Stadthaus 1
<u>V/0697/2011</u> II	8.7. Schillergymnasium, Gertrudenstr.5 : Fenster- und Fassadensanierung Hier: Grundsatzbeschluss
<u>V/0824/2011</u> III	8.8. Ausschreibung der städtischen Liegenschaft "York-Ring / Steinfurter Straße"
	9. Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Dr. Baur, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 17. Sitzung (Etatsitzung) des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften um 17.02 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgesetzt.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****1. Zweite Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2011**

Frau Stadtkämmerin Bickeböller teilt mit, dass die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Münster den 2. Nachtragshaushalt 2011 mit Schreiben vom 28. Oktober 2011 zur Kenntnis genommen habe. Gegen die Festsetzungen der angezeigten 2. Nachtragssatzung mit ihren Anlagen bestünden keine kommunalaufsichtlichen Bedenken.

2. Bekanntmachung und Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2012

Frau Bickeböller informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Entwurf der Haushaltssatzung mit den Anlagen nach vorheriger öffentlicher Bekanntmachung für die Dauer des Beratungsverfahrens im Rat voraussichtlich bis zum 14.12.2011 ausliege. Darüber hinaus sei der Haushaltsplan-Entwurf 2012 im Internet verfügbar.

Mit der öffentlichen Bekanntmachung sei darauf hingewiesen worden, dass Einwendungen gegen die Haushaltssatzung bis zum 04.11.2011 erhoben werden konnten. Es seien keine Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 eingegangen.

3. Informationsveranstaltung zum Thema Pensionsrückstellungen

Frau Bickeböller gibt bekannt, dass die Sitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung am 17.01.2012 sich im Schwerpunkt mit dem Thema "Pensionsrückstellungen" unter fachlicher Beratung von Herrn Engbrocks von der Firma Heubeck & Partner befassen werde. Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften seien zu dieser Sitzung herzlich eingeladen.

4. Ausschreibung der Stelle der Leitung des Amtes für Finanzen und Beteiligungen

Frau Bickeböller teilt mit, dass nach der Wahl von Herrn Reinkemeier zum Stadtkämmerer die Stelle der Leitung des Amtes für Finanzen und Beteiligungen auszuschreiben sei.

Der Zeitplan bis zur geplanten Ratsentscheidung am 08.02.2012 sei wie folgt vorgesehen:

10.12. Veröffentlichung der externen Ausschreibung

06.01. Bewerbungsschluss

07.02. Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften und des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung.

Punkt 3 der Tagesordnung**Haushaltssteuerung und Finanzcontrolling****Punkt 3.1 der Tagesordnung
V/0885/2011****Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der
Stadt Münster**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stellt auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Prüfungsberichtes des Rechnungsprüfungsausschusses den Jahresabschluss 2010 der Stadt Münster mit einer Bilanzsumme von 3.558.123.339,06 € und einem Jahresfehlbetrag von 60.618.702,99 € fest (§ 96 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW – GO NRW).
2. Der Jahresfehlbetrag von 60.618.702,99 € wird durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.

3. Dem Oberbürgermeister wird durch die Ratsmitglieder für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung erteilt (§ 96 Abs. 1 GO NRW).“

Punkt 4 der Tagesordnung

Beteiligungsmanagement/-controlling

**Punkt 4.1 der Tagesordnung
V/0864/2011**

**Bericht über die Beteiligungen der Stadt Münster
im Jahr 2010 (Beteiligungsbericht 2010)**

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 4.2 der Tagesordnung
V/0892/2011**

**Vorabgewinnausschüttung 2011 der Stadtwerke
Münster GmbH**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig:

„Sachentscheidung:

Die Stadt Münster ermächtigt den Vertreter der Stadt Münster in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Münster GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Es wird eine Vorabgewinnausschüttung auf den Jahresüberschuss der Stadtwerke Münster GmbH für das Jahr 2011 in Höhe von 5.050.000 € abzüglich Steuern und Solidaritätszuschlag vorgenommen. Als Zahlungstermin wird der 15.12.2011 festgesetzt.“

**Punkt 4.3 der Tagesordnung
V/0313/2011/1**

**Managementkontrakt (MMK) mit der eigenbetriebs-
ähnlichen Einrichtung Münster Marketing (MM)**

Ratsherr Otte beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion:

„Der Werksausschuss Münster Marketing/Rat möge beschließen:

Beschlusspunkt 3 erhält folgende neue Fassung:

Einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrags für den Münsterland e.V. in 2012 von 0,70 Euro/EW auf 0,80 Euro/EW wird zugestimmt. Entsprechend erhöht sich der jährliche Zuschuss an MM ab 2012 auf 2.728.400 Euro (+ 28.500 Euro).

Der Rat der Stadt Münster erbittet vom Münsterland e.V. eine kritische Evaluation (evtl. durch eine externe Beratung) seiner aktuell durchgeführten oder geplanten Aktivitäten, sowie seiner Organisationsstruktur. Das anzustrebende Ziel sollte sein, eine weitere Anhebung der Mitgliedsbeiträge in 2013 zu vermeiden. Die Ergebnisse dieser Evaluation sollen, möglichst vor Beginn der HH-Beratungen 2013, den Fachausschüssen (AFBL, MM) vorgestellt werden. MM wird beauftragt, die Aktivitäten der Stadt Münster im Bereich Tourismus darzustellen, die sich positiv in den Münsterlandkreisen auswirken.

Über eine mögliche Anhebung der Mitgliedsbeiträge für den Verein Münsterland e.V. im Jahr 2013 entscheidet der Rat in seinen HH-Beratungen für das Jahr 2013.“

Ratsherr Klas regt an, hierzu einen Sperrvermerk aufzunehmen.

Ratsfrau Kubig-Steltig gibt zu Protokoll: „Die Evaluation der Organisationsstruktur möge sich auch auf die beiden Geschäftsführer-Positionen beziehen.“

Nach weiterer Aussprache schlägt Ratsherr Dr. Baur vor, dem Antrag der CDU-Fraktion und der

SPD-Fraktion zu folgen und die Einrichtung eines Sperrvermerkes gegebenenfalls in der Hauptausschusssitzung vorzunehmen.

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht Einvernehmen, dem Rat die folgende, geänderte Beschlussfassung zu empfehlen:

„Vorbemerkung:

Es wird darauf hingewiesen, dass insgesamt für die Beteiligungen – Halle Münsterland GmbH, Westfälische Bauindustrie GmbH, Westfälischer Zoologischer Garten Münster GmbH – Vorlagen zu Managementkontrakten im Jahre 2010 bzw. 2011 verabschiedet wurden. In die jeweiligen Vorlagen sind die Konsolidierungserfordernisse aus der Ratsvorlage 0438/2010 "Eckwerte für den Haushalt 2011 und Konzept der Konsolidierung" eingearbeitet. Ziel ist es, den jeweiligen Gesellschaften sowie auch dem städtischen Haushalt eine mehrjährige Planungs- und Finanzierungssicherheit zu geben. Für die Betrachtung/ Bewertung der Konsolidierungsbeiträge /-vorgaben ist es wichtig, dass diese im Kern auf das operative jährliche Bewirtschaftungsergebnis abzielen, während andererseits Investitionen aus Gründen der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftssicherung möglich sein sollten. Für die in diesem Jahr abzuschließenden Managementkontrakte (Stadtwerke Münster GmbH, Münster Marketing, Wohn- und Stadtbau GmbH) sollen die vorgenannten Bedingungen und Eckpunkte ebenso gelten.

I. Sachentscheidung:

1. Dem Abschluss des als Anlage beigefügten Managementkontrakts mit der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Münster Marketing (MM) wird zugestimmt.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass mit dem Abschluss des MMK jährliche Zuschüsse an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung in Höhe von ~~2.499.900 €~~ **2.699.900 €** verbunden sind. **Der Betrag setzt sich zusammen aus dem um 6% gekürzten Zuschuss in Höhe von 2.499.900 € sowie den um 33% gekürzten Mitteln aus den Pachterträgen für Werberechte der WALL AG in Höhe von 200.000 € für überregionale Werbemaßnahmen.**
3. **Einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrags für den Münsterland e.V. in 2012 von 0,70 Euro/EW auf 0,80 Euro/EW wird zugestimmt. Entsprechend erhöht sich der jährliche Zuschuss an MM ab 2012 auf 2.728.400 Euro (+ 28.500 Euro).**
Der Rat der Stadt Münster erbittet vom Münsterland e.V. eine kritische Evaluation (evtl. durch eine externe Beratung) seiner aktuell durchgeführten oder geplanten Aktivitäten, sowie seiner Organisationsstruktur. Das anzustrebende Ziel sollte sein, eine weitere Anhebung der Mitgliedsbeiträge in 2013 zu vermeiden. Die Ergebnisse dieser Evaluation sollen, möglichst vor Beginn der HH-Beratungen 2013, den Fachausschüssen (AFBL, MM) vorgestellt werden.
MM wird beauftragt, die Aktivitäten der Stadt Münster im Bereich Tourismus darzustellen, die sich positiv in den Münsterlandkreisen auswirken.
Über eine mögliche Anhebung der Mitgliedsbeiträge für den Verein Münsterland e.V. im Jahr 2013 entscheidet der Rat in seinen HH-Beratungen für das Jahr 2013.
4. Die Laufzeit des Managementkontrakts beträgt vier Jahre für die Kalenderjahre 2012 bis einschließlich 2015.
5. **Es wird zur Kenntnis genommen, wie die geforderten Einsparmaßnahmen umgesetzt werden sollen.**
6. **Über weitergehende Umsetzungsschritte zur Organisationsentwicklung betreffend Presse- und Informationsamt (vgl. Antrag der CDU-Fraktion, der SPD Fraktion und Herrn Ratsherrn Powroznik (Piratenpartei) zur Ratssitzung am 29.03.2011 zur Optimierung von Strukturen und Prozessen in der Stadtverwaltung) wird berichtet.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der **Aus dem** HH der Stadt MS wird mit Zuschüssen an **erhält** MM wie folgt belastet: **folgende Zuschüsse:**

-	Kj 2012	2.499.900,00 € + 200.000 € + 28.500 € = 2.728.400 €
-	Kj 2013	2.499.900,00 € + 200.000 € + 28.500 € = 2.728.400 €
-	Kj 2014	2.499.900,00 € + 200.000 € + 28.500 € = 2.728.400 €
-	Kj 2015	2.499.900,00 € + 200.000 € + 28.500 € = 2.728.400 €

In der Vorlage 438/2010 „Eckwerte für den Haushaltsplan 2011 und Konzept zur Haushaltskonsolidierung“ wurde für alle städtischen Gesellschaften eine 6 % ige Kürzung vorgeschlagen. Diese ist mit dem hier vorgelegten MMK ebenfalls umgesetzt worden.“

Punkt 4.4 der Tagesordnung V/0804/2011

Wirtschaftsplan 2012 der citeq

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Der als Anlage 1 beigefügte Wirtschaftsplan der citeq für das Jahr 2012 wird genehmigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten und Folgekosten entstehen.“

Punkt 4.5 der Tagesordnung V/0799/2011

Abfallwirtschaftsbetriebe Münster - Wirtschaftsplan 2012 - Finanzplan 2012 - 2016

Nach kurzer Aussprache lässt Ratsherr Dr. Baur über die Vorlage abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (FDP) und Enthaltung (DIE LINKE.), dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der anliegende Wirtschaftsplan 2012 für die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster wird beschlossen.

- a) Der **Erfolgsplan** 2012 weist Erträge in Höhe von 52.139.000 € und Aufwendungen in Höhe von 49.796.000 € auf.
Der Erfolgsplan schließt mit einem Überschuss in Höhe von 2.343.000 € ab.
- b) Der **Vermögensplan** 2011 hat ein Gesamtvolumen von 6.097.000 €.
- c) Die **Stellenübersicht** 2011 weist 323,04 Arbeitnehmer/-innenstellen (zuzüglich 11 Auszubildende) aus. Darüber hinaus werden 6 Beamte beschäftigt.

2. Zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen können die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster Kassenkredite bis zu einer Höhe von 5.590.000 € aufnehmen.“

**Punkt 4.6 der Tagesordnung
V/0832/2011**

Wirtschaftsplan 2012 für Münster Marketing

Es besteht Einvernehmen, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

**Punkt 4.7 der Tagesordnung
V/0881/2011**

**Übertragung des Geschäftsanteils des Schweine-
züchterverbandes Nord-West e.V. an der Messe
und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Das Angebot des in Liquidation befindlichen Schweinezüchterverbandes Nord-West e.V. an die Stadt Münster, den bislang von ihm gehaltenen Geschäftsanteil an der Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH (MCC HaMü) zu erwerben, wird nicht angenommen.
2. Der Übertragung des v.g. Geschäftsanteils an die Schweineerzeuger Nord-West e.G. wird zugestimmt.
3. Der Vertreter der Stadt Münster in der Gesellschafterversammlung der MCC HaMü wird ermächtigt, die erforderlichen Erklärungen abzugeben.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

**Punkt 4.8 der Tagesordnung
V/0903/2011**

**Kapitalerhöhung bei der Flughafen Münster/Osna-
brück GmbH**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.), dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Der Rat der Stadt Münster empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Münster GmbH folgenden Beschluss zur Annahme:

Der Vertreter der Stadtwerke Münster GmbH in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Münster/Osnabrück GmbH wird ermächtigt, folgendem Beschluss in der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH zuzustimmen:

- Es wird eine dritte Tranche der Kapitalerhöhung des FMO in Höhe von 4.895.934 € von den FMO-Gesellschaftern abgerufen.
- Auf den Gesellschafter Stadtwerke Münster entfällt daraus entsprechend seinem Anteil am Stammkapital von 35,06% ein Anteil von 1.752.995 €
- Die Mittel aus der Kapitalerhöhung werden der Flughafengesellschaft bis zum 15. Januar 2012 zur Verfügung gestellt und der Kapitalrücklage des FMO gutgeschrieben.“

Punkt 5 der Tagesordnung**Gebühren und Entgelte****Punkt 5.1 der Tagesordnung
V/0872/2011****Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für
das Überlassen von Standplätzen bei Volksfesten
(Send und Kirmessen) in der Stadt Münster**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für das Überlassen von Standplätzen bei Volksfesten (Send und Kirmessen) in der Stadt Münster wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch diese Satzungsänderung ergeben sich keine haushaltsrelevanten Auswirkungen.“

**Punkt 5.2 der Tagesordnung
V/0778/2011****Änderung der Gewässergebührensatzung (GGS)
hier: Änderung der Gebührentarife**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Die Satzung zur Änderung der Gewässergebührensatzung (GGS) -Änderung der Gebührentarife- wird beschlossen (Anlage 1).
2. Der Berechnung der Gebührensätze für die Gewässerunterhaltung wird zugestimmt (Anlagen 2 und 3).“

**Punkt 5.3 der Tagesordnung
V/0796/2011****Abfallgebühren 2012**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die Restabfall-, Bioabfall- und Deponiegebühren bleiben gemäß der beigefügten Gebührenkalkulationen bei den Sätzen des Vorjahres. Der Gebührenkalkulation wird zugestimmt (Anlagen 1 bis 3).

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten der Hausmüllsammlung 26.351.000 Euro (Anlage 1) und die Kosten der Bioabfallsammlung 9.317.000 Euro (Anlage 2) betragen.

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Die Kosten der Hausmüllsammlung werden über Grundgebühren in Höhe von 5.887.000 Euro, über Leistungsgebühren in Höhe von 19.519.000 Euro und durch sonstige Erträge in Höhe von 2.514.000 Euro gedeckt.

Die Kosten der Bioabfallsammlung werden über Leistungsgebühren in Höhe von 7.645.000 Euro sowie aus 103.000 Euro sonstigen Gebühren bzw. Erträgen für den Tausch von Behältern, Biofilterdeckeln, den Einsatz von Schwerkraftschlössern und Verkaufserlösen „Grünabfallsack“ getragen. Bei der Gebührenbemessung sollen wirksame Anreize zur Vermeidung, Getrennthaltung und Verwertung geschaffen werden. Deshalb wird vorgeschlagen, 1.569.000 Euro gem. § 9 Absatz 2 Landesabfallgesetz NRW im Rahmen der Quersubventionierung mit über die Restmüllgebühr zu finanzieren, um damit die Akzeptanz zur Mülltrennung zu gewährleisten und die Biotonne zu nutzen. Die Gebühren für die Bioabfallgefäße sind aufgrund der Subventionierung um rd. 21 % geringer als die der Hausmülltonne.“

Punkt 5.4 der Tagesordnung V/0797/2011

Straßenreinigungsgebühren 2012

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (FDP, DIE LINKE.), dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Die „Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt Münster“ wird beschlossen (Anlage 1).
2. Die Straßenreinigungsgebühren werden gemäß der beigefügten Gebührenkalkulation um durchschnittlich 13,71 % angehoben. Der Gebührenkalkulation wird zugestimmt (Anlage 2).

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten der Straßenreinigung 5.642.000 Euro und die Kosten der Winterwartung 2.000.000 Euro betragen.

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Die Kosten der **Straßenreinigung** werden über Straßenreinigungsgebühren in Höhe von 3.889.000 Euro, innerbetrieblichen Verrechnungen von 432.000 Euro und sonstigen Erträgen in Höhe von 24.000 Euro finanziert.

Der Restbetrag in Höhe von 1.297.000 Euro, der das öffentliche Interesse an der Stadtsauberkeit widerspiegelt, wird durch den allgemeinen Haushalt getragen.

Der **Winterdienst** wird durch den städtischen Haushalt mit 1.800.000 Euro und durch Kostenbeteiligungen der Stadtwerke in Höhe von 200.000 Euro finanziert.“

Punkt 5.5 der Tagesordnung V/0798/2011

Tarif für Leistungen der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster 2012

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Der „Tarif für Leistungen der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster im Jahr 2012“ wird beschlossen (Anlage 1).

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

Punkt 6 der Tagesordnung**Sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten****Punkt 6.1 der Tagesordnung
V/0886/2011****Beitritt der Stadt Münster zur Einkaufsgenossenschaft kommunale Verwaltungen im Deutschen Städtetag**

Nach kurzer Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

1. Dem Beitritt der Stadt Münster zur Einkaufsgemeinschaft Kommunale Verwaltungen im Deutschen Städtetag e.G. (EKV e.G.) und dem damit verbundenen Erwerb eines Geschäftsanteils in Höhe von (oder: im Nennwert von) 500 € wird zugestimmt.
2. Der anliegenden Satzung der EKV e.G. wird zugestimmt.
3. Zum Vertreter der Stadt Münster in der Generalversammlung der EKV e.G. wird Frau/Herr.....und zu deren/dessen Stellvertreter(in) wird Frau/Herr.....bestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1501	Anteile an Unternehmen	2011	500,-	
Investitionsmaßnahme	1030	Geschäftsanteil an der Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e. G.			
Auszahlungen					

Den zur Finanzierung erforderlichen außerplanmäßigen Auszahlungen wird nach § 83 GO NRW zugestimmt. Deckung: Minderauszahlungen in der Produktgruppe 16 01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“, Teilfinanzplan, Zeile 10 „Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen“.

**Punkt 6.2 der Tagesordnung
V/0433/2011****Handy-Parken (E-Parking / Mobile-Parking) in Münster**

Es liegt ein Beratungsverlauf zur Vorlage vor. Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen gewünscht.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diese Fassung der Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.), dem Rat die folgende geänderte Beschlussfassung zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt:

- 1.1. Das Handy-Parken (E-Parking/Mobile-Parking) wird im Stadtgebiet Münster eingeführt.
- 1.2. Die Einführung soll zeitgleich mit der Bezahlmöglichkeit per Handy in den Parkhäusern der WBI erfolgen (frühestens ab Anfang 2013).
- 1.3. Die zur Einführung des Handy-Parkens (E-Parking/Mobile-Parking) erforderlichen Mittel werden bei der Produktgruppe 0203 „Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten“ zum Haushaltsplan 2012 und bei der Produktgruppe 1201 „Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen“ zum Haushaltsplan 2013 bereitgestellt.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis:

- ~~2.1 Es entstehen einmalig Kosten für die Beschilderung etc. in den Parkzonen in Höhe von ca. 31.000 € im Jahr 2013.~~
- 2.2 Im Jahre 2012 ist die planmäßige Ersatzbeschaffung der Verkehrsüberwachungsgeräte beabsichtigt. Um das Handyparken abzubilden, ist eine Zusatzausstattung in Höhe von ca. 10.000 € erforderlich.
- 2.3 Es ist mit jährlichen Mindererträgen bei den Parkgebühren zu rechnen. Eine gesicherte Aussage zur Höhe der Mindererträge ist auch nach Befragung von Kommunen mit Handy-Parken aktuell nicht möglich.
- 2.4 Das Bezahlen per Handy erzielt die größten Synergien in einer möglichst breit angelegten Zusammenarbeit u. a. mit den Stadtwerken. Eine Zusammenarbeit wird perspektivisch angestrebt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2013 ff	20.000- 40.000-	Jährliche Mindererträge bei Umsetzung der Maßnahme, z.B. bei 5% Nutzungsgrad, 10% Nutzungsgrad
	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013	31.000	Umrüstungsmaßnahmen 220 € pro Gerät und Standort
Produktgruppe	0203	Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten			
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2012 ff	1.250	

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0203	Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen			
Investitionsmaßnahme	0010	Beschaffungen Straßenverkehrsrecht			
Auszahlungen		Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2012	10.000	Zusätzlicher Mehrbedarf für Modul Handy-Parken
Einzahlungen					
Summe aller Auszahlungen/Saldo				10.000	

**Punkt 6.3 der Tagesordnung
V/0603/2011**

**Aktueller Sachstand zu international ausgerichteten Bildungsangeboten
Dauerhafte Einrichtung des Bildungsganges "International Baccalaureate (IB)" am Gymnasium Paulinum**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

- „1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den Sachbericht zu international ausgerichteten Bildungsangeboten zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Münster stimmt der dauerhaften Einrichtung des Bildungsganges „International Baccalaureate“ (IB) am Gymnasium Paulinum zu.
3. Der Rat der Stadt Münster beschließt die Einrichtung von Stellenanteilen für Sekretariatsstunden (EG 06) zum:

01.01.2013:	0,15 Stellenanteile
01.01.2014:	0,05 Stellenanteile
01.01.2015:	0,05 Stellenanteile

Die eingerichteten Stellenanteile werden zunächst gesperrt. Über die Aufhebung der Sperrungen wird im Rahmen der Etatberatungen nach vorheriger Bedarfsprüfung entschieden.

4. Finanzielle Auswirkungen

Für die dauerhafte Einrichtung des Bildungsganges „International Baccalaureate“ am Gymnasium Paulinum werden für die Bereitstellung der damit verbundenen Leistungen in den Haushaltsjahren 2013 ff. zusätzliche bisher nicht veranschlagte Kosten entstehen.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2013	7.200	6 Std. EG 06
			2014	9.680	8 Std. EG 06
			2015	12.300	10 Std. EG 06
			2016 ff	12.490	10 Std. EG 06

Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013 2014 2015 2016 ff	15.500 16.500 17.500 17.500	
-------	----	---	---------------------------------	--------------------------------------	--

Die jeweiligen Jahresbeträge werden in den entsprechenden Haushaltsjahren, erstmals ab 01.01.2013 in der Produktgruppe 0301 „Leistungen für Schulen“ im Teilergebnisplan zur Verfügung gestellt.

Nach positivem Ratsbeschluss wird die Verwaltung die entsprechenden Veränderungsblätter zum Haushalt im Rahmen der Haushaltsberatungen fertigen.“

**Punkt 6.4 der Tagesordnung
V/0779/2011/1**

**Peter-Wust-Schule;
hier: Aufgabe des Standortes Schürbusch als Lernort der Peter-Wust-Schule und Neubau einer Zweifachsporthalle am Standort Dingbängerweg 80 sowie perspektivische Erweiterung des Schulgebäudes zur Drei- bzw. Vierzügigkeit**

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird darüber diskutiert, ob die Beschlusspunkte 4 und 6 der Vorlage gestrichen werden sollten. Nach Aussprache wird die Verwaltung gebeten, einen „bedächtigen“ Einstieg in die Erweiterung des Schulgebäudes der Peter-Wust-Schule zu wählen. Anschließend beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Das Schulgebäude Schürbusch 45 wird künftig nicht mehr als Standort der Peter-Wust-Schule genutzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur bedingungsfreien Vermarktung des Standortes Schürbusch 45 in die Wege zu leiten **mit dem Ziel, diese Flächen einer sich an den Vorgaben der für die Nachbarflächen geltenden Bebauungspläne 146, 174 und 412 orientierenden Wohnnutzung zuzuführen.**
3. Am Hauptstandort der Peter-Wust-Schule am Dingbängerweg 80 wird eine neue Zweifachsporthalle gemäß den Vorgaben der DIN 18032 mit dem Raumprogramm gem. Anlage 1 errichtet.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel eine Planung für die Erweiterung des Schulgebäudes der Peter-Wust-Schule zur Dreizügigkeit (1. Bauabschnitt zunächst bis zur Genehmigungsplanung) und Vierzügigkeit (2. Bauabschnitt zunächst bis zur Entwurfsplanung) mit folgendem Raumprogramm zu erstellen:

1. Bauabschnitt:

3 Unterrichtsräume	65 qm
1 Raum für den offenen Ganzttag	65 qm

2. Bauabschnitt:

4 Unterrichtsräume	65 qm
1 Mehrzweckraum	65 qm
1 Raum für den offenen Ganzttag	65 qm

zuzügl. Funktions- und Verkehrsflächen.

Die Erweiterungen werden nach heutigem Stand einer Machbarkeitsstudie als Neubau ~~in Anbindung an die neue Zweifachsporthalle~~ geplant.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für den Neubau der Zweifachsporthalle gemäß den Vorgaben der DIN 18032 sowie den 1. Bauabschnitt zur Erweiterung um Unterrichtsräume mit Kostenberechnung nach DIN 276 einschließlich einer Außenanlagenplanung zu erstellen und schnellstmöglich den Baubeschluss zum Neubau der Zweifachsporthalle herbeizuführen. Die Erweiterung um Unterrichtsräume (sowohl der 1. als auch der 2. Bauabschnitt) werden erst realisiert, wenn sich der Bedarf aufgrund der Schüler- und Klassenzahlentwicklung abzeichnet.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Erlangung eines Vorplanungskonzeptes für die Erweiterung des Schulgebäudes der Peter-Wust-Schule zur Drei- und Vierzügigkeit sowie zum Neubau einer Zweifachsporthalle zunächst eine Mehrfachbeauftragung mit 3 - 5 Architekturbüros durchzuführen.
7. Die Anträge Nr. A-W/0013/2009 der CDU-Fraktion und der FDP in der BV-West vom 08.04.2009 (Anlage 2) und Nr. A-W/0014/2009 der SPD-Fraktion in der BV-West vom 29.04.2009 (Anlage 3) sind damit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Finanzierung des Neubaus der Zweifachsporthalle (Ziffer 3) und der Erweiterung des Schulgebäudes zur Dreizügigkeit (1. Bauabschnitt s. Ziffer 4) erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2012 wie folgt veranschlagt:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemer- kungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Investitionsmaßnahme	4400	Erw. Peter-Wust-Schule einschl. Sporthalle			
		Auszahlung für Baumaßnahmen	2012	235.000	
			VE	250.000	
			2013	1.372.000	
			2014	2.450.800	
			2015	156.000	
			gesamt	4.213.800	
		Auszahlung für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	2014	187.200	
			insgesamt	4.401.000	

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2012 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Die Folgelastenberechnung, in der auch die Vermarktung des Geländes Schürbusch 45 berücksichtigt wird, wird zum Baubeschluss vorgelegt.“

**Punkt 6.5 der Tagesordnung
V/0894/2011**

**Errichtung einer städtischen Gesamtschule und
auslaufende Auflösung der Paul-Gerhardt-Real-
schule**

Nach kurzer Aussprache beantragt Ratsfrau Möllemann-Appelhoff für die FDP-Fraktion:

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. - 3. [...]

4. Zur systemischen Unterstützung wird der Gesamtschule eine Fachkraft für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt, **wenn das Land die dafür erforderlichen Personalressourcen bereitstellt. Die Stadt Münster stellt im Haushalt 2012 keine zusätzlichen Stellen / Stunden für Schulsozialarbeit zur Verfügung.** Über Einsatz ~~und Umfang~~ ist nach Abstimmung mit der neuen Schulleitung im Rahmen einer gesonderten Vorlage zu 2012 zu entscheiden.

5. - 10.[...]“

Nach weiterer Aussprache schlägt Frau Stadtkämmerin Bickeböller vor, Punkt 4 des FDP-Antrages wie folgt zu ergänzen (Unterstreichung):

- „4. Zur systemischen Unterstützung wird der Gesamtschule eine Fachkraft für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt, **wenn das Land die dafür erforderlichen Personalressourcen bereitstellt. Die Stadt Münster stellt im Haushalt 2012 keine zusätzlichen Stellen / Stunden für Schulsozialarbeit zur Verfügung.** Die vorhandenen Stellen / Stunden sollen von den beiden Schulen anteilig erbracht werden. Über den Einsatz ~~und Umfang~~ ist nach Abstimmung mit der neuen Schulleitung im Rahmen einer gesonderten Vorlage zu 2012 zu entscheiden.“

Über den so ergänzten Antrag der FDP-Fraktion lässt Ratsherr Dr. Baur abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) zu.

Anschließend lässt Ratsherr Dr. Baur über die so geänderte Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt einstimmig, dem Rat die folgende geänderte Beschlussfassung zu empfehlen:

- „1. Der Rat beschließt gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz die Errichtung einer vierzügigen städtischen Gesamtschule in gebundener Ganztagsform zum 01.08.2012 (Schuljahresbeginn 2012/13) am Standort der städtischen Paul-Gerhardt-Realschule, Jüdefelder Straße 10, 48143 Münster.
2. Die städtische Gesamtschule wird zunächst unter dem Namen „Städtische Gesamtschule Münster-Mitte“ geführt. Die endgültige Namensgebung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt durch Ratsbeschluss unter Beteiligung der Schulkonferenz.
3. Der Rat befürwortet die Einrichtung einer integrativen Lerngruppe sofern ausreichende Anmeldungen dazu vorliegen. Dafür wird zum 01.08.2012 im Teilergebnisplan 0301 0,50-Stelle EGr S 11 für eine/n Schulsozialpädagogen/in eingerichtet und gesperrt; die Entsperrung erfolgt bei tatsächlicher Einrichtung der integrativen Lerngruppe durch den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung.
- In diesem Zusammenhang nimmt der Rat zur Kenntnis, dass bedarfsabhängig ab dem Schuljahr 2015/2016 0,50-Stelle für den Ausbau des integrativen Unterrichts ggf. zusätz-

lich benötigt werden. Die erforderlichen Personalressourcen (0,5 Stelle Sozialpädagogik) werden dafür im erforderlichen Umfang bereitgestellt.

4. Zur systemischen Unterstützung wird der Gesamtschule eine Fachkraft für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt, **wenn das Land die dafür erforderlichen Personalressourcen bereitstellt. Die Stadt Münster stellt im Haushalt 2012 keine zusätzlichen Stellen / Stunden für Schulsozialarbeit zur Verfügung. Die vorhandenen Stellen / Stunden sollen von den beiden Schulen anteilig erbracht werden.** Über den Einsatz ~~und~~ Umfang ist nach Abstimmung mit der neuen Schulleitung im Rahmen einer gesonderten Vorlage zu 2012 zu entscheiden.
5. Die Paul-Gerhardt-Realschule wird gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz NW zum 01.08.2012 (Schuljahresbeginn 2012/2013) auslaufend aufgelöst. Der Rat nimmt den Schulkonferenzbeschluss der Paul-Gerhardt-Realschule zur auslaufenden Auflösung zur Kenntnis (Anlage 1).
6. Die notwendige Anpassung der Satzung „Sicherung des geordneten Schulbetriebs für die städtischen Schulen - Allgemeiner Rahmen zur Aufnahme von Schülerinnen / Schülern in die städtischen Schulen (vgl. §46 Abs. 1 Schulgesetz)“ erfolgt mit einer Beschlussvorlage für die Sitzung des Rates am 08.02.2012.
7. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - bei der Bezirksregierung die erforderlichen Genehmigungen nach § 81 Absatz 3 Schulgesetz NW zu beantragen.
 - die in der Verantwortung des Schulträgers stehenden Belange zur Qualitätswahrung an der auslaufenden Paul-Gerhardt-Realschule mit besonderer Sorgfalt wahrzunehmen.
8. Für die vierzügige Gesamtschule mit dreizügiger Oberstufe wird das in Anlage 2 dargestellte Raumprogramm als Grundlage für die weiteren Planungsschritte beschlossen. Zur Bereitstellung der erforderlichen Flächen werden in einem ersten Schritt die Gebäude der Paul-Gerhardt-Realschule und der Überwasserschule genutzt. Ab dem Schuljahr 2013/2014 werden zusätzlich die bisher von der VHS in der Überwasserschule genutzten Räume in Anspruch genommen. Der darüber hinausgehende Bedarf lt. Anlage 3 mit insgesamt ca. 2.150 qm Hauptnutzfläche sowie 2 Übungseinheiten Sport wird durch Neubauten am Standort der Paul-Gerhardt-Realschule und der Überwasserschule im erforderlichen Umfang auf den lt. Anlage 4 dargestellten maximal möglichen Baufeldern, ggfs. in Bauabschnitten, gedeckt.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, das Vergabeverfahren zur Beauftragung der Architektenleistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Freischaffende (VOF) einschließlich der vorgeschalteten Durchführung eines begrenzten Architektenwettbewerbs nach den Regeln für die Auslobung von Wettbewerben (RPW) vorzubereiten, sowie die weiteren erforderlichen Planungs- und Baubeschlüsse vorzubereiten.
10. Die Verwaltung wird unter Berücksichtigung des Beschlusses des Hauptausschusses zur Vorlage V/0766/2011 „Neue Unterbringung der Volkshochschule prüfen“ bis zu den Etatberatungen für das Haushaltsjahr 2013 ein alternatives Raumkonzept für das Angebot der Volkshochschule in der Überwasserschule entwickeln.

Kosten / Folgekosten:

Der Rat nimmt zur Kenntnis,

1. dass für die erforderlichen baulichen Maßnahmen zur Bereitstellung des beschlossenen Raumprogramms mit Gesamtkosten i.H.v. rd. 15,5 Millionen € zu rechnen ist. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des noch durchzuführenden Wettbewerbs könnten die Neubaumaßnahmen in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden, da die für die Se-

kundarstufe II erforderlichen Flächen erst zum Schuljahr 2018/19 zur Verfügung stehen müssen.

Ob evtl. zusätzliche Kosten für eine entwurfsabhängige Verlegung der Jüdefelderstraße (im Bereich des Rad-/Fußweges) anfallen werden, kann erst nach dem Ergebnis des begrenzten Architekturwettbewerbs konkret ermittelt werden.

Die zur Finanzierung der Sachentscheidung zu Ziffer 8. - Schaffung der Räumlichkeiten für eine städt. Gesamtschule durch Umbau im Bestand und Erweiterungen / Neubauten - erforderlichen Ermächtigungen i.H.v. 15,5 Mio. € werden im Haushaltsplan 2012 wie folgt veranschlagt:

Teilfinanzplan						
				HHPLAN -Entwurf 2012	Verän- derung	neu
	Nr.	Bezeichnung	HHJahr	Betrag €	Betrag €	Betrag €
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen				
Investitions- maßnahme	4430	Erweiterung Gesamt- schule Münster-Mitte				
Zeile	08	Baumaßnahmen	2012	0	400.000	400.000
			VE		1.000.000	1.000.000
			2013	0	1.600.000	1.600.000
			2014	0	3.000.000	3.000.000
			2015	0	3.280.000	3.280.000
			Späte- re Jah- re	0	5.620.000	5.620.000
			gesamt	0	13.900.000	13.900.000
Zeile	09	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2012	0	30.000	30.000
			2013	0	120.000	120.000
			2014	0	150.000	150.000
			2015	0	150.000	150.000
			Späte- re Jah- re	0	650.000	650.000
			gesamt	0	1.100.000	1.100.000
Investitions- maßnahme	0030	Besch. Lehm. i.R. inves- tiver Maßnahmen				
Zeile	09	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2012	50.000	30.000	80.000
			2013	50.000	50.000	100.000
			2014	50.000	60.000	110.000
			2015	50.000	60.000	110.000
			Späte- re Jah- re	0	300.000	
			gesamt		500.000	

Die Deckung erfolgt in Höhe von 8.930.000 € durch Reduzierung der Ansätze bei folgender Finanzstelle:

Teilfinanzplan							
				HHPlan- Entwurf Betrag €	Reduzie- rung gem. Vorlage 697/2011*	Neue Ansatz- bildung gem. Vorlage 697/2011*	neu
	Nr.	Bezeichnung	HH Jahr			Betrag €	Betrag €
Produkt- gruppe	0301	Leistungen für Schulen					
Investitions- maßnahme	4250	Strukturelevante Investitionsmaßn.					
Zeile	08	Baumaßnahmen					
			2011	1.000.000		1.000.000	
			2012	400.000	-400.000	0	0
			VE	2.000.000		2.000.000	0
			2013	5.500.000	-2.070.000	3.430.000	0
			2014	3.000.000		3.000.000	0
			2015	1.500.000		1.500.000	0
			ge- samt	11.400.000	-2.470.000	8.930.000	0

* in der Fassung des abweichenden Beschlusses des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 22.11.2011 (Reduzierung in Höhe der Ansatzbildung für die Sanierung des Schillergymnasiums und des Ratsgymnasiums)

Die Verwaltung fertigt die entsprechenden Veränderungsblätter zum Haushalt 2012.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass abhängig von der Herkunft der künftigen Schülerinnen und Schüler ggfs. zusätzliche Schülerfahrtkosten entstehen, der sich nach vorsichtigen Hochrechnungen auf jährlich ca. 45.000,00 € belaufen könnte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der Schülerfahrtkostenberechtigten aktuell nicht zu prognostizieren ist und Abweichungen nach oben oder unten nicht ausgeschlossen werden können. Die Kosten werden im Haushaltsjahr 2012 aus den laufenden Mitteln Teilergebnisplan 03.02 „Zentrale Leistungen für Schüler/innen und am Schulleben Beteiligte“, Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“, Sachkonto 524000 „Schülerbeförderungskosten“ finanziert. Für die Folgejahre sind ggf. zusätzliche Mittel bereitzustellen.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Zeit des Parallelbetriebes der neuen Gesamtschule und der auslaufenden Realschule zusätzliche Aufwendungen für Schuletat und Sekretariat mit rd. 23.500,00 € p.a. und für an der Gesamtschule ggf. eingerichtete integrative Lerngruppen für die Jahrgänge 5 bis 7 10.470,00 € für 2012 und fortfolgend 25.510,00 € p.a. für eine 0,50-Stelle sozialpädagogische Unterstützung bereitgestellt werden müssen. Für integrative Lerngruppen in den Jahrgängen 8 bis 10 (ab Schuljahr 2015/2016) entsteht evtl. weiter Bedarf in Höhe von 0,50-Stelle; die Verwaltung wird dies zu gegebener Zeit in den Stellenplanberatungen thematisieren.
Die Mehrbedarfe zu den Beschlusspunkten 3. und 4. werden im Haushaltsjahr 2012 aus den laufenden Mitteln Teilergebnisplan 03.01. „Leistungen für Schulen“ finanziert. Ab dem Jahr 2013 sind die notwendigen Mittel hinsichtlich des Schuletats und des Sekretariats bis zum Auslaufen der Realschule, hinsichtlich der sozialpädagogischen Unterstützung für integrative Lerngruppen dauerhaft zusätzlich bereitzustellen.“

**Punkt 6.6 der Tagesordnung
V/0861/2011**

**Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assis-
tanten/innen Münster (PTA-Lehranstalt);
hier: Schließung zum 31.08.2013**

Ratsherr Dr. Jung beantragt für die SPD-Fraktion:

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und
Liegenschaften
07.12.2011
öffentlich

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften / der Hauptausschuss / der Rat möge beschließen:

Der Beschlusstext der Vorlage wird wie folgt geändert:

1. Die PTA-Lehranstalt wird in städtischer Trägerschaft weitergeführt. Sie wird ab dem am 01.09.2012 aufzunehmenden Lehrgang nur noch als einzügige Lehranstalt geführt. Die Zahl der Ausbildungsplätze wird damit auf 36 Plätze für jeden Lehrgang beschränkt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen rechtssicheren Weg zu finden, wie Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern aus Münster vorrangig berücksichtigt werden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Umsetzung der Einzügigkeit der PTA-Lehranstalt ein dauerhaft tragfähiges Raumkonzept zu entwickeln, das die Belange der betroffenen Grundschulen angemessen berücksichtigt.“

Nach ausführlicher Diskussion beantragt Ratsherr Klas, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

Ratsherr Dr. Kornblum erhebt Gegenrede.

Somit lässt Ratsherr Dr. Baur über den Geschäftsordnungsantrag von Ratsherrn Klas abstimmen. Der Antrag wird bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) abgelehnt.

Ratsherr Klas beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

„Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die PTA-Schule der Stadt Münster wird an die PTA-Fachschule Westfalen-Lippe e.V. verkauft.“

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Anschließend lässt Ratsherr Dr. Baur über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt dem Antrag bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, DIE LINKE.) zu.

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt Abstimmung über die ursprüngliche Fassung der Vorlage. Ratsherr Dr. Baur lässt hierüber abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt die Vorlage bei Für-Stimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) ab.

Damit empfiehlt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat den folgenden geänderten Beschlusstext:

- „1. Die PTA-Lehranstalt wird in städtischer Trägerschaft weitergeführt. Sie wird ab dem am 01.09.2012 aufzunehmenden Lehrgang nur noch als einzügige Lehranstalt geführt. Die Zahl der Ausbildungsplätze wird damit auf 36 Plätze für jeden Lehrgang beschränkt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen rechtssicheren Weg zu finden, wie Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern aus Münster vorrangig berücksichtigt werden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Umsetzung der Einzügigkeit der PTA-Lehranstalt ein dauerhaft tragfähiges Raumkonzept zu entwickeln, das die Belange der betroffenen Grundschulen angemessen berücksichtigt.“

**Punkt 6.7 der Tagesordnung
V/0831/2011**

**Errichtung einer neuen Sporthalle für das Ostviertel
hier: Errichtungs- und Raumprogrammbeschluss**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. An dem Standort der ehemaligen 08 Sporthalle wird eine neue Zweifachsporthalle - (ohne Tribüne), mit Verbindungsbaukörper zur bestehenden Dreifachsporthalle - errichtet.
2. Dem Raumprogramm gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Raumprogramms in Abstimmung mit allen Beteiligten die Planung bis zur Baureife weiter zu entwickeln und den Baubeschluss herbeizuführen.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Realisierung des Bauprojektes nicht in einem PPP-Verfahren durchgeführt wird.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass so schnell wie möglich mit dem Neubau begonnen werden soll.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0801	Sportentwicklung, Sportanlagen und –stätten			
Investitionsmaßnahme	4270	Neubau ehem. Sporthalle Münster 08			
Auszahlungen	08	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2012	3.500.000	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				3.500.000	

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	08	Bilanzielle Abschreibungen	jährlich (ab 2013)	58.330 € (gerundet)	Nutzungsdauer 60 Jahre

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf veranschlagt: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2012 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.“

Ratsfrau Kubig-Steltig beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion:

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften / der Hauptausschuss / Rat möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. und 2. wie Vorlage

3. streichen

4. neu, jetzt 3.: Die Verwaltung wird daher beauftragt, eine europaweite Ausschreibung des Grundstücks mit dem Ziel der Errichtung privat finanzierter standortverträglicher Einrichtungen mit einem Badeangebot vorzubereiten und durchzuführen. Dabei wird das Grundstück gegen Kaufpreiserwartung, die kriteriengeleitet ist, ausgeschrieben.

Das Badeangebot soll eine Wasserfläche von mindestens fünf 25 m Bahnen, einen Nichtschwimmerbereich sowie Dusch- und Umkleieräume in geeigneter Anzahl für den öffentlichen Schwimmbetrieb als auch für das Schul- und Vereinsschwimmen umfassen. Die Nutzung des Hallenbades für Schulschwimmen an den Werktagen vormittags und für den öffentlichen Badebetrieb an den Wochenenden sowie zu weiteren Zeiten werktags ist von dem Betreiber sicherzustellen. Außerdem sind die notwendigen Stellplätze für einen öffentlichen Schwimmbetrieb zu berücksichtigen.

4. neu: Die europaweite Ausschreibung soll für den Betrieb des Hallenbades folgendes vorsehen: Der Betrieb des Bades erfolgt durch einen privaten Betreiber. Die Stadt Münster wird für das Schulschwimmen feste Zeiten anmieten, die zusätzliche öffentliche Nutzung soll durch den Betreiber hergestellt werden. Dabei sollen sich die Eintrittspreise für den öffentlichen Schwimmbetrieb an den Preisen der städtischen Bäder orientieren. Die Festschreibung dieser Bedingungen für den Betrieb des Bades soll für mindestens 15 Jahre erfolgen.“

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt für die FDP-Fraktion:

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. [...]

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Erstellung eines neuen Hallenbades an Stelle des ehemaligen Südbades, das die Anforderungen des gemeinsamen Ratsantrages vom 02.03.2010 erfüllt, nur umsetzbar ist, wenn die Stadt Münster die Finanzierung (Investitionskosten) und die Kosten des späteren Betriebes (in überwiegendem Umfang) sicherstellt.

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass auf Grund der weiter sehr angespannten Finanzlage aus Sicht der Verwaltung der Bau eines ~~zum überwiegenden Teil städtisch finanzierten~~ Hallenbades **unter städtischer Beteiligung (Bau und / oder Betrieb)** an Stelle des ehemaligen Südbades nicht vorgeschlagen wird.

4. Die Verwaltung wird daher beauftragt, eine europaweite Ausschreibung des Grundstücks mit dem Ziel der Errichtung **jetzt und zukünftig ausschließlich** privat finanzierter **und betriebener** standortverträglicher Einrichtungen mit einem begleitenden Badeangebot, bei dem die Belange verschiedener Nutzergruppen (Schulen, Vereine, WWU etc.) unter Wahrung der Rahmenbedingungen der Ziffer 3.3 dieser Vorlage so weit wie möglich zu berücksichtigen sind, vorzubereiten und durchzuführen.

5. [...]

Ratsherr Klas beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

„Für die Planung eines städtischen Südbades werden 50.000 Euro im Haushalt vorgesehen.“

Nach ausführlicher Diskussion lässt Ratsherr Dr. Baur zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) ab.

Anschließend lässt Ratsherr Dr. Baur über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Danach lässt Ratsherr Dr. Baur über den Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (FDP, DIE LINKE.) und Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) mehrheitlich (CDU, SPD) zu.

Damit empfiehlt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat den folgenden geänderten Beschlusstext:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Erstellung eines neuen Hallenbades an Stelle des ehemaligen Südbades, das die Anforderungen des gemeinsamen Ratsantrages vom 02.03.2010 erfüllt, nur umsetzbar ist, wenn die Stadt Münster die Finanzierung (Investitionskosten) und die Kosten des späteren Betriebes (in überwiegendem Umfang) sicherstellt.
3. **Die Verwaltung wird daher beauftragt, eine europaweite Ausschreibung des Grundstücks mit dem Ziel der Errichtung privat finanzierter standortverträglicher Einrichtungen mit einem Badeangebot vorzubereiten und durchzuführen. Dabei wird das Grundstück gegen Kaufpreiserwartung, die kriteriengeleitet ist, ausgeschrieben.**
Das Badeangebot soll eine Wasserfläche von mindestens fünf 25 m Bahnen, einen Nichtschwimmerbereich sowie Dusch- und Umkleieräume in geeigneter Anzahl für den öffentlichen Schwimmbetrieb als auch für das Schul- und Vereinsschwimmen umfassen. Die Nutzung des Hallenbades für Schulschwimmen an den Werktagen vormittags und für den öffentlichen Badebetrieb an den Wochenenden sowie zu weiteren Zeiten werktags ist von dem Betreiber sicherzustellen. Außerdem sind die notwendigen Stellplätze für einen öffentlichen Schwimmbetrieb zu berücksichtigen.
4. **Die europaweite Ausschreibung soll für den Betrieb des Hallenbades folgendes vorsehen: Der Betrieb des Bades erfolgt durch einen privaten Betreiber. Die Stadt Münster wird für das Schulschwimmen feste Zeiten anmieten, die zusätzliche öffentliche Nutzung soll durch den Betreiber hergestellt werden. Dabei sollen sich die Eintrittspreise für den öffentlichen Schwimmbetrieb an den Preisen der städtischen Bäder orientieren. Die Festschreibung dieser Bedingungen für den Betrieb des Bades soll für mindestens 15 Jahre erfolgen.“**

**Punkt 6.9 der Tagesordnung
V/0748/2011**
**Wassertemperaturen in städtischen Freibädern,
Nachrüstoptionen für eine Zusatzheizung**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„1. Der Rat nimmt zur Kenntnis,

- a. dass die Stadtverwaltung mit mindestens zwei in den Sommermonaten geöffneten Hallenbädern ein witterungsunabhängiges Ganzjahresangebot vorhält;
 - b. dass die Nachrüstung eines Freibades mit einer Gaskesselanlage zur Beckenwassererwärmung mit Investitionskosten von zirka 100.000 Euro einher geht;
 - c. dass darüber hinaus der zusätzliche jährliche Energieaufwand bei zirka 50.000 Euro liegen wird und die Beckenwassererwärmung eines Freibades die CO₂-Emission um zirka 120 Tonnen jährlich erhöht.
 - d. dass die Nachrüstung eines Freibades mit einer Beckenabdeckung zu Investitionskosten von zirka 200 000 Euro führt und zu einer Reduzierung des jährlichen zusätzlichen Energieaufwandes führt.
2. Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat, dass die Beckenwassererwärmung in den städtischen Freibädern Hilstrup und Stapelskotten sowie im Vereinsbad der DJK Coburg weiterhin ausschließlich durch die in den Bädern installierten Solarabsorberanlagen erfolgt.
3. Der Antrag der SPD-Fraktion vom 09.09.2011 und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 13.09.2011 sind damit erledigt.

Kosten: **keine**“

**Punkt 6.10 der Tagesordnung
V/0633/2011**
**Fortführung der Teilnahme am European Energy
Award**

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die Stadt Münster beteiligt sich vorbehaltlich der Förderzusage durch das Land NRW in Höhe von 20.500 Euro für weitere drei Jahre am European Energy Award.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Teilnahme am European Energy Award Gesamtkosten von 29.869 Euro entstehen, wobei sich durch einen Förderanteil des Landes NRW von 20.500 Euro der Eigenanteil der Stadt Münster auf 9.369 Euro über drei Jahre reduziert. Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2012, Finanzplan und Investitionsprogramm 2012 – 2015 wie folgt zur Verfügung:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach-/ Dienstleistungen	2012 2013 2014	8.568 8.568 12.733	
Insgesamt:				29.869	

Einnahmen Förderzuschuss des Landes NRW					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz			
Zeile	2	Zuwendungen und allg. Umla- gen	2012 2013 2014	5.900 5.900 8.700	apl. Einnahme dito dito
Insgesamt:				20.500	

Eigenanteil					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach-/ Dienstleistungen	2012 2013 2014	2.668 2.668 4.033	
Insgesamt:				9.369	

“

Punkt 7 der Tagesordnung	Haushaltsplan 2012 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2015
---------------------------------	--

Punkt 7.1 der Tagesordnung	Anträge und Anregungen
-----------------------------------	-------------------------------

Punkt 7.1.1 der Tagesordnung	Anregungen nach § 24 Gemeindeordnung NRW
-------------------------------------	---

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht Einvernehmen, die Anregung Nr. 113/2011 nicht aufzugreifen.

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht Einvernehmen, die Anregung Nr. 141/2011 nicht aufzugreifen.

Punkt 7.1.2 der Tagesordnung**Vorschläge zum Bürgerhaushalt**

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt für die FDP-Fraktion zu den Vorschlägen Nr. 18 und Nr. 358:

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften möge beschließen:

Die im Haushalt im Rahmen des „Masterplans Aasee“ vorgesehenen 50.000 Euro für die „an die technischen und gestalterischen Anforderungen Münsters angepasste“ Entwicklung neuer Abfallbehälter zur Verbesserung der Abfallsituation am Aasee und im Südpark (siehe Stellungnahme der Verwaltung zu den Vorschlägen Nr. 18 und 358 des Bürgerhaushalts) werden nicht zur Verfügung gestellt.“

Über den Antrag der FDP-Fraktion findet keine Abstimmung statt.

Nach kurzer Aussprache beantragt Ratsherr Otte im Rahmen des Vorschlags Nr. 18, die vorgesehenen Finanzmittel in Höhe von 50.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen und die Entsperrung nach Berichterstattung der Verwaltung im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen vorzunehmen.

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht hierüber Einvernehmen.

Ratsherr Dr. Jung beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion zu Vorschlag Nr. 266:

„40.000 Euro für zwei Nachtflohmärkte ohne anschließenden Tagflohmarkt. Darüber hinaus benötigte Mittel werden von der Halle Münsterland GmbH zur Verfügung gestellt. Die Bürgerinitiative „Rettet den Flohmarkt“ ist bei den Beratungen / Verhandlungen mit einzubeziehen.“

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion bittet Ratsherr Klas die Verwaltung zu klären, welche Rechte und Pflichten in diesem Zusammenhang der Geschäftsführung der Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH obliegen.

Nach weiterer, ausführlicher Diskussion beantragt Ratsherr Dr. Jung Sitzungsunterbrechung. Ratsherr Dr. Baur stellt hierzu Einvernehmen fest und unterbricht die Sitzung um 19.42 Uhr.

Um 19.53 Uhr eröffnet Ratsherr Dr. Baur die Sitzung mit dem Wiedereinstieg in die Tagesordnung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ratsherr Dr. Jung beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion:

„Es werden 50.000 Euro für zwei Nachtflohmärkte innerhalb des bestehenden Budgets des Amtes für Immobilienmanagement zur Verfügung gestellt. Davon werden 10.000 Euro mit einem Sperrvermerk versehen. Vor einer Freigabe wird ein Bericht zu möglichen Sponsorenmitteln vorgelegt.“

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt dem Antrag bei Gegenstimmen (FDP, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und einer Enthaltung (DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD) zu.

Über den Vorschlag Nr. 366 besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen, diesen in der Fassung des Kulturausschusses aufzugreifen.

Zu Vorschlag Nr. 443 beantragt Ratsherr Dr. Jung:

„Der Vorschlag wird aufgegriffen. In den Jahren 2012 und 2013 werden Mittel in Höhe von je-

weils 25.000 Euro in der Produktgruppe 0301 (Leistungen für Schulen) bereitgestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Die Entsperrung der Mittel erfolgt im Ausschuss für Schule und Weiterbildung.“

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung bei Vorschlag Nr. 443 zu folgen.

Ratsherr Dr. Baur lässt zunächst über den Antrag von Ratsfrau Möllemann-Appelhoff abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) ab.

Anschließend lässt Ratsherr Dr. Baur über den Antrag von Ratsherrn Dr. Jung abstimmen. Der Ausschuss stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) zu.

Über die Vorschläge Nr. 162, 235, 285 und 430 besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen, diese in der Beschlussfassung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung aufzugreifen.

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt für die FDP-Fraktion zu Vorschlag Nr. 528, diesen Vorschlag aufzugreifen und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zu folgen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) ab.

Herr Möller verweist auf die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt, die noch nicht in einem anderen Gremium beraten worden sind. Es handelt sich um die Vorschläge Nr. 75, 125, 131, 201, 347, 350, 370, 371, 409 und 507.

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff bittet darum, im Beschlussvorschlag zu Nr. 370 das Wort „möglichst“ zu streichen.

Unter Einschluss dieser Änderung stimmt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften den Vorschlägen Nr. 75, 125, 131, 201, 347, 350, 370, 371, 409 und 507 zu.

Anschließend stellt Ratsherr Dr. Baur Einvernehmen im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften über die Beschlussvorschläge der Verwaltung zu allen weiteren der 90 bestplatzierten Bürgervorschläge fest.

Punkt 7.1.3 der Tagesordnung

Sonstige Anträge und Einwendungen

Folgender Antrag des Integrationsrates liegt vor:

- „1. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird gebeten, die nachfolgende Anregung des Integrationsrates bei seinen Beratungen zum Haushalt 2012 aufzugreifen und zu beschließen.
2. Dem Kindermusikprojekt „Karibumi“ wird im Rahmen der Produktgruppe 0116 (Migration-Transferaufwendungen) eine Dauerförderung in Höhe von 7.000,00 € eingerichtet.
3. Die Mittel dienen zur Co-Finanzierung des Projektes „Weltmusik für Kinder“. Dieses interkulturelle Bildungsprojekt soll auch weiterhin pro Jahr an 6 Schulen in Kooperation mit der „Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten“ durchgeführt werden.“

Der Antrag wird bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) abgelehnt.

Zur Allparteien-Protokollerklärung aus der Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 22.11.2011 zur Verlagerung des SC Westfalia Kinderhaus besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen, dass dieses Anliegen in den Haushaltsjahren 2013/2014 aufgegriffen werden soll.

Punkt 7.1.4 der Tagesordnung

Anträge aus der Politik

Frau Stadtkämmerin Bickeböller verweist auf das vorliegende Positionspapier der Ratsgruppe UWG-MS/ödp. Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht Einvernehmen, dieses Positionspapier nicht aufzugreifen.

Ratsherr Otte beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion:

„Rahmenkonzept für das städtische Stadion an der Hammer Straße erarbeiten und umsetzen.

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- einen Katalog mit den notwendigen Erhaltungs- und Renovierungsmaßnahmen für das Stadion an der Hammer Straße zu erstellen, der die in den kommenden Jahren erforderlichen Maßnahmen aufführt. Die Maßnahmen sollen mit einem ungefähren Kostenrahmen versehen und in einer Prioritätenliste nach Wichtigkeit geordnet werden;
- auf Grundlage dieses Kataloges ein Konzept für das Preußen-Stadion bis zum Jahr 2020 zu erstellen, das ein modulares Vorgehen ermöglicht;
- für die dringenden Erhaltungs- und Renovierungsmaßnahmen des Stadions an der Hammer Straße in den Jahren 2012, 2013 und 2014 jeweils 300.000,00 € mit Sperrvermerk zur Verfügung zu stellen. Haushaltsreste können in das Folgejahr übertragen werden.“

Nach kurzer Aussprache teilt Frau Stadtkämmerin Bickeböller in diesem Zusammenhang mit, dass die Bezirksregierung Münster als Kommunalaufsicht Wert darauf lege, dass kommunale Mittel nicht zur Unterstützung des Profifußballs genutzt werden. Anschließend lässt Ratsherr Dr. Baur über den Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag mehrheitlich (CDU, SPD) bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, DIE LINKE.) zu.

Ratsherr Dr. Jung stellt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion folgenden Haushaltsbegleit-antrag vor:

„Nicht mehr benötigte Schulimmobilien zügig vermarkten – neue Perspektiven für die Volkshochschule.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebäude der Wartburg-Hauptschule und der Josefschule bis zum Ende des Haushaltsjahres 2012 zu vermarkten und zu veräußern. Dabei sollen die bisher in der Josefschule verbliebenen Nutzungen nach den Sommerferien an andere alternative Standorte überführt sein. Für das Gelände der Josefschule wird eine Änderung des Bebauungsplanes mit dem Ziel, Wohnnutzung zu ermöglichen, unverzüglich eingeleitet. Die Erlöse der Veräußerung beider Schulgrundstücke werden im Haushalt unter der Position „Infrastrukturelevante Investitionen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung“ für das Haushaltsjahr 2013 veranschlagt, so dass die Erlöse wiederum für Bildungsinvestitionen zur Verfügung stehen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich zu prüfen, inwieweit das Gelände des städtischen Grundstückes Herwarthstraße (ggf. mit einem Neubau) geeignet ist, als neuer Standort der Volkshochschule zu dienen, wenn die bisherigen Standorte Aegidiimarkt und Überwasserschule aufgegeben werden. Ggf. sollen auch ergänzende schulnahe Nutzungen (z. B. Schulpsychologie) geprüft werden, wenn damit Fremdanmietungen reduziert werden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Möglichkeiten einer angemesseneren und bürgerfreundlicheren Unterbringung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien zeitnah im Ausschuss zu berichten.“

Nach kurzer Aussprache lässt Ratsherr Dr. Baur über diesen Haushaltsbegleitantrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Haushaltsbegleitantrag einstimmig (CDU, SPD, FDP) bei Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) zu.

Ratsherr Dr. Kornblum beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion:

„Neue Regelung des Verfahrens zur Verteilung der Sparkassen-Überschüsse

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Verteilung der Sparkassen-Überschüsse neu zu regeln und dem Rat bis spätestens zum Mai 2012 einen entscheidungsreifen Vorschlag auf der Grundlage der nachfolgenden Eckpunkte zu unterbreiten:

1. Im Haushaltsplanentwurf werden die Sparkassenmittel, die im kommenden Haushaltsjahr ausgeschüttet werden sollen, zunächst pauschal veranschlagt (wie bisher).
2. Der Rat entscheidet nach Vorberatung im Finanzausschuss, wie diese Mittel auf die berechtigten Produktgruppen nach Sparkassen-Gesetz aufgeteilt werden sollen (in % oder Euro). In den Teilergebnisplänen werden die Sparkassenanteile in Euro in den Erläuterungen explizit ausgewiesen. Die Anträge bezüglich dieser Mittel werden wie Anträge zum Haushalt behandelt und in den Fachausschüssen in der Haushaltskette beraten.
3. Die konkrete Verwendung der Mittel ist durch die Fachämter den Fachausschüssen nachzuweisen.
4. Die bisherigen Richtlinien zur Verteilung der Sparkassenmittel werden insoweit aufgehoben.“

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht Einvernehmen, über diesen Antrag nicht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, sondern erst im Rat abstimmen zu lassen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften richtet die Bitte an die Verwaltung (citeq), eine entsprechende Internetplattform zeitnah zur Verfügung zu stellen, wo entsprechende Anträge eingesehen werden können.

Ratsfrau Kubig-Steltig stellt folgenden Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vor:

„Mitgliedschaften der Stadt Münster

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die von ihr zur Auflösung vorgeschlagenen Mitgliedschaften fristgerecht zu kündigen.
2. Die verbleibenden Mitgliedschaften werden von der Verwaltung in den entsprechenden Fachausschüssen noch einmal ausführlich erläutert und beraten. Danach wird in dem jeweiligen Fachbereich entschieden, ob noch weitere Mitgliedschaften aufgegeben werden können. Die in dem Bericht bereits genannten Kriterien sollten u. a. noch ergänzt werden um Anzahl und Namen weiterer Mitglieder in der Organisation sowie um Anzahl der Veranstaltungen pro Jahr. Darüber hinaus soll aufgeführt wer-

den, wie häufig Beratungen und Unterstützungen vom jeweiligen Amt in Anspruch genommen werden.“

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Haushaltsbegleitantrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag einstimmig (CDU, SPD, FDP, DIE LINKE.) bei Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) zu.

Ratsherr Reiners beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Münsterpass um 100.000 Euro auf 900.000 Euro zu erweitern (Produktgruppe 0503).

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Ratsherr Reiners beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Aufwendungen für die Lernwerkstatt (Produktgruppe 0603) um 100.000 Euro zu erhöhen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Ratsherr Reiners beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, eine Stelle „Quartiersmanagement“ einzurichten (2012: 72.000 Euro, 2013: 100.000 Euro; Produktgruppe 0504).

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Ratsherr Klas beantragt Abstimmung en bloc über die folgende, als Tischvorlage verteilte Liste der Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

”

B90 / GRÜNE/ GAL		Haushalt 2012				
Seite	Produktgruppe	Produkt / Träger	HH 2012	GAL 2012	GAL 2013	Bemerkungen
556	Produktgruppe 0116	Migration- Transferaufwen.	24.440 €	31.440 €	49.440 €	Schulprojekt Karabundi
33	Produktgruppe 0301	SZ Wolbeck Sanierung	500.000 €	0 €	0 €	schieben in 2014
	Produktgruppe 0301	Erw. Peter Wust Schule	235.000 €	235.000 €	1.372.000 €	Sporthalle ja – Erw.prüfen
	Produktgruppe 0301	Sanierung Ratsgymnasium	0 €	500.000 €	3.000.000 €	Vorziehen – kostenneutral
	Produktgruppe 0301	PTA Weiterführen	372.000 €	325.000 €	251.000 €	Verkauf statt Schließung
67	Produktgruppe 0401	Zuschuss de Bockwindmuel	8.000,00 €	0,00 €	0,00 €	Vorschlag Verwaltung
	Produktgruppe 0401	Zuschuss Guter Montag	2.980,00 €	0,00 €	0,00 €	Vorschlag Verwaltung
	Produktgruppe 0401	KG St. Norbert	4.500,00 €	0,00 €	0,00 €	Vorschlag Verwaltung
	Produktgruppe 0401	Stadtheimatbund	2.500 €	5.000 €	5.000 €	Anker
99	Produktgruppe 0404	Stadtbücherei	0 €	50.000 €	50.000 €	Bürgerantrag 366
124	Produktgruppe 0407	Theater/last minute ticket	18.964.300 €	18.964.300 €	18.964.300 €	Bürgerantrag 363
177	Produktgruppe 0503	Fahrtendienst	320.000 €	307.860 €	307.860 €	angepasst
	Produktgruppe 0503	Sozialamt-gesundheitl.Präv.	0 €	10.000 €	10.000 €	für Kinder aus benachtlgt.Fam.
	Produktgruppe 0503	Arbeitsagentur	0 €	25.000 €	25.000 €	1/2 Stelle Schule und Beruf
	Produktgruppe 0503	Verbraucherberatung	152.420 €	193.604 €	193.604 €	1/2 Stelle Schuldnerberatung
	Produktgruppe 0503	AIDS-Hilfe	147.010 €	188.760 €	188.760 €	Anpassung
	Produktgruppe 0503	GGUA	78.600 €	118.600 €	118.600 €	Regelförd. Schlauberger
	Produktgruppe 0503	Sozialamt	29.783.940 €	29.883.940 €	29.883.940 €	Münsterpass erweitern um 100.000 auf 900.000
	Produktgruppe 0503	Frauenhäuser	447.040 €	455.000 €	455.000 €	Rücknahme 1,75%-Kürzung
	Produktgruppe 0503	Beratung häusl. Gewalt	44.210 €	45.000 €	45.000 €	Rücknahme 1,75%-Kürzung
	Produktgruppe 0503	Telefonseelsorge	40.280 €	41.000 €	41.000 €	Rücknahme 1,75%-Kürzung
	Produktgruppe 0503	Gesundheitsdienste	0 €	13.900 €	13.900 €	Rücknahme 1,75%-Kürzung
	Produktgruppe 0503	Mehrgenerationenhaus	0 €	40.000 €	40.000 €	Bonhoeffer
185	Produktgruppe 0504	Amt f. Wohnungswesen	0 €	72.000 €	100.000 €	Stelle Quartiersmanagement

B90 / GRÜNE/ GAL		Haushalt 2012				
Seite	Produktgruppe	Produkt / Träger	HH 2012	GAL 2012	GAL 2013	Bemerkungen
201	Produktgruppe 0601	Elterninitiative KEKKIS	0 €	15.000 €	0 €	Betrieb
	Produktgruppe 0601	Elterninitiative Kleine Wiese	0 €	65.000 €	0 €	Umzug + Betrieb
	Produktgruppe 0601	Grosspflegestellen	150.000 €	150.000 €	150.000 €	Gegenfinanz.durch Land BK
	Produktgruppe 0601	OGS Koordinationsstelle	180.000 €	200.000 €	200.000 €	
220	Produktgruppe 0602	Kirchengemeinde Hl.Geist	0 €	12.000 €	12.000 €	Aufstockung Personal 10 Std.
233	Produktgruppe 0603	Verein f. Mototherapie	0 €	25.000 €	25.000 €	zusätzlich
	Produktgruppe 0603	Zuschuss Indro	171.345 €	191.345 €	191.345 €	
	Produktgruppe 0603	Schulpsychologie/Lernwerkstatt	137.500 €	237.500 €	237.500 €	
246	Produktgruppe 0604	Zuschuss Trialog	52.710 €	67.710 €	67.710 €	
	Produktgruppe 0604	Gutsch. Familienbildungsstätten	48.000 €	48.000 €	48.000 €	kostenneutral
	Produktgruppe 0604	Familienförderung/ Kinderarmut	152.000 €	250.000 €	250.000 €	Programm wie beschlossen
	Produktgruppe 0604	Erziehungsberatungsstellen	1.023.358 €	1.100.110 €	1.100.110 €	
	Produktgruppe 0604	Profa Sexpäd.	0 €	29.500 €	29.500 €	zusätzlich
246, 263	Produktgruppe 0604/0605	Zuschuss Zartbitter	135.000 €	168.000 €	168.000 €	
263	Produktgruppe 0605	Umbau teilstationäre Hilfen	0 €	250.000 €	250.000 €	Rücknahme der Kürzungen
298	Produktgruppe 0801	Sportamt / A.f.Immobiliennm.	800.000 €	0 €	0 €	Süd-Westkurve Preußen
309	Produktgruppe 0802	Sportamt	0 €	50.000 €	50.000 €	Planung Südbad
322	Produktgruppe 0901	Wettbewerb Hafen	0 €	100.000 €	0 €	50%-Anteil der Stadt
401	Produktgruppe 1201	Förderprogramm Altbau	0 €	147.540 €	147.540 €	Erhöhung auf 500000
B90 / GRÜNE/ GAL		Haushalt 2012				
Seite	Produktgruppe	Produkt / Träger	HH 2012	GAL 2012	GAL 2013	Bemerkungen
403	Produktgruppe 1201	Radwegebau	0 €	500.000 €	500.000 €	Erhöhung
	Produktgruppe 1201	Dezent.Fahrradanlage IST	0 €	60.000 €	0 €	
	Produktgruppe 1201	Heroldstrasse	500.000 €	0 €	0 €	
	Produktgruppe 1201	F.Stricker-Sr.	475.000 €	0 €	0 €	
	Produktgruppe 1201	Eschstrasse	170.000 €	0 €	0 €	
	Produktgruppe 1201	Roxel Nordumgehung	100.000 €	0 €	0 €	
	Produktgruppe 1201	Spiekerhof Aabücke	375.000 €	0 €	0 €	
	Produktgruppe 1201	Albersloher Weg	350.000 €	0 €	0 €	
	Produktgruppe 1201	Getterbach	800.000 €	0 €	0 €	
435	Produktgruppe 1202	Stadtplanungsamt	0 €	20.000 €	0 €	Gutachten Fahrradschnellst.
	Produktgruppe 1202	Stadtplanungsamt	0 €	20.000 €	0 €	Shared-Space-Gutachten
511	Produktgruppe 1401	Klimabeirat	10.000 €	20.000 €	20.000 €	Erhöhung um 10.000, Projektmittel
532	Produktgruppe 1502	Ms-Marketing	2.728.400 €	2.699.900 €	2.699.900 €	keine Erhöhung MSL e.V.

Ergebnisplan

Finanzplan

Seite = Band 1

Seite = Band 2

“

Ratsherr Dr. Baur lässt über Gesamtliste der Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Anträge bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Ratsherr Köhn beantragt für die Fraktion DIE LINKE.:

„Einführung einer Kulturförderabgabe

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Die Kämmerei erstellt einen Entwurf zur Einführung einer Kulturförderabgabe auf Hotel-übernachtungen.

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und
Liegenschaften
07.12.2011
öffentlich

2. Dabei wird geprüft, welche Einnahmen für den städtischen Haushalt bei wahlweise 5, 6 oder 7 Prozent zu erwarten sind.

Finanzielle Auswirkungen: Jährliche Mehreinnahmen.“

Nach kurzer Erläuterung durch Frau Stadtkämmerin Bickeböller lässt Ratscherr Dr. Baur über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) ab.

Ratscherr Köhn beantragt für die Fraktion DIE LINKE.:

„Gewinne der Wohn+Stadtbaa sinnvoll einsetzen

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Die Gewinnabführung der Wohn+Stadtbaa im Jahr 2012 fließt nicht in den Haushalt, sondern wird als Sonderrücklage angelegt.
2. Die für die Jahre 2013 und 2014 vorgesehene Gewinnabführung wird ebenfalls in die Sonderrücklage abgeführt.
3. Die Sonderrücklage wird zweckgebunden 2014 für den Erwerb möglichst vieler Wohneinheiten von der BIMA in Gremmendorf und Gievenbeck verwendet.

Finanzielle Auswirkungen: ca. 10 Mio. Euro.“

Nach kurzer Aussprache lässt Ratscherr Dr. Baur über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) ab.

Ratscherr Köhn beantragt für die Fraktion DIE LINKE.:

„Inflationsausgleich bei Zuschüssen für freie Träger und Vereine

Der Ausschuss möge beschließen: Die Zuschüsse an freie Träger und Vereine werden jährlich für das Folgejahr um die Inflationsrate erhöht.

Finanzielle Auswirkungen: Inflationsausgleich.“

Ratscherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (DIE LINKE.) und Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Ratscherr Köhn beantragt für die Fraktion DIE LINKE.:

„Keine Pauschalkürzung bei freien Trägern und Vereinen

Der Ausschuss möge beschließen: Auf die pauschale Kürzung der Zuschüsse an Dritte um 1,75 % (Haushaltsplan 2012, Bd. 1, S. 413-429) wird verzichtet.

Finanzielle Auswirkungen: Um etwa 1,5 Mio. € erhöhte Aufwendungen.“

Ratscherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Ratscherr Köhn beantragt für die Fraktion DIE LINKE.:

„Überprüfung der bilanziellen Abschreibungen

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Die Kämmerei überprüft im kommenden Jahr die Bewertung des kommunalen Vermögens und die damit verbundenen bilanziellen Abschreibungen.
2. Mögliche bilanzielle Entlastungen, z.B. bei den unbebauten Grünflächen, sollen dabei aufgezeigt werden.

Finanzielle Auswirkungen: Verringerung des bilanziellen Defizits.“

Nach kurzer Aussprache lässt Ratsherr Dr. Baur über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) ab.

Zur Frage der 1,75 Prozent-Kürzung in der Produktgruppe 0401 (Kulturmanagement / Kulturförderung) weist die Verwaltung darauf hin, dass die Pauschalkürzung bereits im Etatentwurf enthalten ist. Ratsherr Klas bittet darum, dass über die Frage von Detailkürzungen im Kulturausschuss diskutiert werde. Hierüber besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen.

Ratsherr Dr. Jung beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion, den Etatansatz bei der Produktgruppe 0404 (Stadtbücherei und Förderung von Büchereien freier Träger) um 30.000 Euro zu erhöhen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) zu.

Ratsherr Dr. Jung beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion, bei der Produktgruppe 0901 (Stadt- und Regionalentwicklung, Stadtplanung) einen städtischen Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro für den ‚Stadtteilrahmenplan Kinderhaus‘ vorzusehen und diesen mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis hierzu eine Verwaltungsvorlage erstellt wird.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Ratsherr Dr. Jung beantragt für die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion, für das Baumkataster keine zusätzliche Stelle einzurichten.

Nach kurzer Aussprache lässt Ratsherr Dr. Baur über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) zu.

Ratsherr Otte bittet darum, die Haushaltsansätze im Zuge der Beratung der Vorlagen zu den Rasen- und Wiesenflächen (Vorlage V/0309/2011) und zu den Spielplätzen (Vorlage V/0289/2011) wieder zu erhöhen.

Ratsherr Dr. Jung beantragt für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion, für die kommunale Friedensarbeit in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 jeweils 25.000 Euro an Projektmitteln vorzusehen.

Nach kurzer Aussprache lässt Ratsherr Dr. Baur über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) zu.

Ratsherr Dr. Baur stellt abschließend fest, dass keine weiteren Anträge vorliegen.

Punkt 7.2 der Tagesordnung**Veränderungsblätter/-listen**Anregungen der Bezirksvertretungen (grüne Veränderungsblätter)

Herr Winter weist darauf hin, dass das erste Veränderungsblatt (Stichwort: Hammer Straße / Metzger Straße) bereits ein graues Veränderungsblatt sei.

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt, das zweite Veränderungsblatt (Aa-Brücke) aufzugreifen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD) ab.

Ratsherr Klas beantragt, das siebte Veränderungsblatt (Bootsanleger Aasee) aufzugreifen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht Einvernehmen, dass alle übrigen grünen Veränderungsblätter nicht aufgegriffen werden.

Veränderungsliste 1

Eine Veränderungsliste 1 (= Veränderungsblätter, die nicht in den Fachausschüssen beraten wurden) liegt nicht vor.

Veränderungsliste 2 (Zuständigkeit des AFBL)

Zur Veränderungsliste 2 liegt eine als Tischvorlage verteilte Ergänzung vor. Über diese Ergänzung besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen.

Ratsherr Klas beantragt Abstimmung über die laufende Nr. 24 der Veränderungsliste 2.

Ratsherr Dr. Baur lässt über das Veränderungsblatt Nr. 24 abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Veränderungsblatt bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) zu.

Herr Winter bittet den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften um ein Votum darüber, ob die Mittel der laufenden Nr. 21 gestrichen werden sollen.

Ratsherr Dr. Baur lässt hierüber abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt der Streichung der Mittel bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD) zu.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Veränderungsblatt Nr. 39 durch entsprechende Vorbeschlüsse geändert hat.

Veränderungsliste 3 a (divergierende Beschlüsse aus den Fachausschüssen)

Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Veränderungsblatt Nr. 1 durch entsprechende Vorbeschlüsse erledigt hat.

Ratsherr Dr. Jung beantragt, die laufende Nr. 2 entsprechend dem Beschluss des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen aufzugreifen und den Sperrvermerk auch auf die Maßnahmenziffer 0081 (Beschaffungen Integrative Lerngruppen u. a.) auszuweiten.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (FDP) und Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD) zu.

Veränderungsliste 3 b

Zur Veränderungsliste 3 b) liegen zwei Ergänzungen vor: Die erste Ergänzung ist mit den Sitzungsunterlagen versandt worden, die zweite Ergänzung liegt als Tischvorlage vor.

- Zweite Ergänzung der Veränderungsliste 3 b):

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Veränderungsblätter Nr. 1 und 2 durch entsprechende Vorbeschlüsse erledigt haben.

Zu den laufenden Nummern 3 bis 6 besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Veränderungsblatt Nr. 7 überholt ist und sich das Veränderungsblatt Nr. 8 durch entsprechende Vorbeschlüsse erledigt hat.

- Erste Ergänzung der Veränderungsliste 3 b):

Über die laufende Nr. 1 besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen.

Zur laufenden Nr. 2 wird Abstimmung darüber beantragt, dieses Veränderungsblatt nicht aufzugreifen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und Enthaltung (DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) zu.

Über die laufenden Nummern 3 bis 6 besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen.

- Veränderungsliste 3 b):

Ratsherr Dr. Jung beantragt zur laufenden Nr. 56, dem Beschluss des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien nicht zu folgen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) zu.

Ratsherr Klas beantragt zur laufenden Nr. 66, die veranschlagten Mittel abzusetzen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Veränderungsblätter Nr. 67 und 68 durch entspre-

chende Vorbeschlüsse geändert hat.

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt Abstimmung über die laufende Nr. 69.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt diesem Antrag bei Gegenstimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) zu.

Ratsherr Köhn beantragt zur laufenden Nr. 73, die entsprechenden Mittel zu streichen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) ab.

Ratsherr Köhn beantragt zur laufenden Nr. 79, die entsprechenden Mittel zu streichen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) ab.

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt zur laufenden Nr. 80, die entsprechenden Mittel zu streichen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) ab.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Veränderungsblatt Nr. 82 bereits erledigt hat.

Ratsherr Klas beantragt zur laufenden Nr. 116, die entsprechenden Mittel zu streichen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Ratsfrau Möllemann-Appelhoff beantragt zur laufenden Nr. 133, dass 20.000 Euro erhalten bleiben sollen.

Ratsherr Dr. Baur lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnt diesen Antrag bei Für-Stimmen (FDP) mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) ab.

Über alle nicht aufgerufenen Veränderungsblätter der Veränderungsliste 3 b) besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen.

Ratsherr Dr. Baur fragt die Ausschussmitglieder, ob weitere Anträge vorliegen und stellt Fehl-anzeige fest.

Ratsherr Dr. Jung fragt zur Angelegenheit „Haus Rüscha“ nach, ob der Buchwert bei Gründung der Stiftung abgeschrieben werden soll. Nach kurzer Aussprache teilt Frau Stadtkämmerin Bickeböller mit, dass die Verwaltung in Sachen Haus Rüscha im Kulturausschuss berichtet habe und darüber hinaus beabsichtigt sei, eine Vorlage für die Februar-Sitzungskette zu erstellen. Ratsherr Klas bittet die Verwaltung darum, allen Parteien im Rat der Stadt Münster ein Exemplar des Stiftungsvertrages zuzuleiten.

**Punkt 7.3 der Tagesordnung
V/0901/2011**

- **Haushaltsplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2012**
- **Ergebnis- und Finanzplanung bis 2015**
- **Stellenplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2012**

Ratsherr Dr. Baur lässt über die Vorlage inklusive der zuvor gefassten Änderungen abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt mehrheitlich (CDU, SPD) bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, DIE LINKE.):

- „1. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfiehlt dem Rat die Annahme des Stellenplanes 2012.
2. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfiehlt dem Rat die Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2012 mit dem Haushaltsplan (einschl. der in den Veränderungslisten dargestellten Anpassungen gegenüber dem Haushaltsplan-Entwurf).
3. Die Ergebnis- und Finanzplanung bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.“

Punkt 8 der Tagesordnung
Immobilienmanagement

Ratsherr Otte beantragt, die Tagesordnungspunkte 8.1, 8.4, 8.5 und 8.6 zu vertagen. Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften besteht hierüber Einvernehmen.

Darüber hinaus besteht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 8.2, 8.3 und 8,7 ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss bzw. Rat zu schieben.

**Punkt 8.1 der Tagesordnung
V/0812/2011**
Gebäudeleitlinien der Stadt Münster

Dieser Tagesordnungspunkt ist vertagt.

**Punkt 8.2 der Tagesordnung
V/0675/2011/1**
Weiterführung der Wärmedämmstandards in Münster mit schrittweiser Einführung des Passivhausstandards

Es besteht Einvernehmen, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

**Punkt 8.3 der Tagesordnung
V/0759/2011**
Überprüfung der weitgespannten Tragwerke in städtischen Gebäuden

Es besteht Einvernehmen, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss zu schieben.

**Punkt 8.4 der Tagesordnung
V/0176/2011/1**

Strategisches Flächenmanagement: Zwischenbericht unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen des Gutachtens Deloitte und Einführung eines Flächenplanes als Anlage zum Haushaltsplan

Dieser Tagesordnungspunkt ist vertagt.

**Punkt 8.5 der Tagesordnung
V/0787/2011**

Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadtverwaltung Münster

Dieser Tagesordnungspunkt ist vertagt.

**Punkt 8.6 der Tagesordnung
V/0685/2011**

Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Sanierung Stadthaus 1

Dieser Tagesordnungspunkt ist vertagt.

**Punkt 8.7 der Tagesordnung
V/0697/2011**

**Schillergymnasium, Gertrudenstr.5 : Fenster- und Fassadensanierung
Hier: Grundsatzbeschluss**

Es besteht Einvernehmen, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

**Punkt 8.8 der Tagesordnung
V/0824/2011**

Ausschreibung der städtischen Liegenschaft "York-Ring / Steinfurter Straße"

Ratsherr Joksch bittet darum, den B-Plan dahingehend zu konkretisieren, dass „Wohnen gegeben“ ist.

Anschließend beschließt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig:

„I. Sachentscheidung:

- 1.) Die Verwaltung führt ein Mindestgebotsverfahren mit dem Ziel der Veräußerung der städtischen Liegenschaft „York-Ring / Steinfurter Straße“ mit einer Gesamtgröße von 5.657 qm zu den im Exposé (Anlage) dargestellten Bedingungen und Modalitäten auf der Grundlage einer örtlichen und regionalen Ausschreibung durch.
- 2.) Die Mittel für die Übernahme der Entsorgungsmehrkosten durch die Stadt in Höhe von max. 126.000,00 € incl. MWSt. werden bereit gestellt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen neben Inseratskosten weitere Kosten für die Entsorgung belasteten Bodenmaterials oberhalb vorgegebener Grenzwerte, im Übrigen keine Folgekosten.

Kostenbereitstellung: 126.000,00 €:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2012	126.000	
Summe aller Aufwendungen/Saldo				126.000	

“

Punkt 9 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Daraufhin schließt der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Dr. Baur, den öffentlichen Teil der Sitzung um 22.17 Uhr.

gez.
Dr. Baur
Vorsitz

gez.
Möller
Schriftführung